

# Zeitgenössische Forschung in Südasien

Einblicke in Wissenschaft und Politik

Thomas Stauber

**Am 04. Juli 2018 veranstaltete der Verlag Oxford University Press in Delhi eine Konferenz zu Südasien, die sich mit zeitgenössischen Forschungen und Überlegungen zur Moderne in Südasien beschäftigte (*South Asia Conclave on Exploring Contemporary Research and Ideas on Modern South Asia*). Der Autor fasst seine nicht nur wissenschaftlichen Einsichten zusammen.**

Südasien kann als „Weltregion von Gewicht“ bezeichnet werden. Hier lebt knapp ein Viertel der Weltbevölkerung, in vielen südasiatischen Ländern boomt die Wirtschaft, und die kulturell-religiöse Vielfalt ist einzigartig. Auf dem Weg in das „asiatische Jahrhundert“ – mit seinen zahlreichen sozialen Herausforderungen – wird Indien eine Schlüsselrolle einnehmen. Die zweite Konferenz im Format der *South Asia Conclave* am 4. Juli 2018 in Delhi hatte sich zum Ziel gesetzt, zeitgenössische Forschungen und Überlegungen zur Moderne in Südasien vorzustellen und zu diskutieren. Der Verlag Oxford University Press (OUP) richtete das ganztägige Konklave aus, das sich allerdings in diesem Jahr allein auf Indien konzentrierte. Nach einem erfolgreichen Auftakt 2017 wollen die Veranstalter einen alljährlichen Pflichttermin für Wissenschaft, Politik und Medien in der Hauptstadt etablieren. Als Medienpartner und Mitsponsoren hatte OUP die Tageszeitung *The Hindu* und das Online-Newsportal *The Print* mit ins Boot geholt.

## Wunde Punkte der indischen Politik

Vielleicht sollte das Taj Mahal Hotel als Veranstaltungsort dem Konklave zusätzlichen Glanz verleihen. Die Podiumsdiskussionen hatten das

nicht nötig. Das Konklave war hochkarätig besetzt, die verhandelten Themen von großer Aktualität. Zu den Redner(inne)n und Diskutant(inn)en gehörten Ökonom(inn)en sowie Sozialwissenschaftler/-innen, Politikentscheider, Militärexperten und Medienvertreter/-innen sowohl aus Indien als auch aus Europa und den USA. Sie widmeten sich in fünf Blöcken den Themen: (1) Triebkräfte der indischen Politik (*Ideology and Identity*), (2) zivil-militärische Beziehungen (*Abscent Dialogue*), (3) Zustand des Gesundheitswesens (*State of Healthcare*), (4) Wahl- und Parteienfinanzierung (*Costs of Democracy*) sowie (5) Verbindungen und Ausrichtung von Wirtschaft und Politik (*Business and Politics*). Die Podiumsveranstaltungen dienten zugleich als Plattform für die Vorstellung neuer Buchpublikationen. Die Sitzungen wurden zunächst von den Autor(inn)en und Herausgeber(inne)n mit einer kurzen Einleitung in ihre Werke eröffnet.

## Triebkräfte der indischen Politik

In der ersten Sitzung unter dem Titel *„Ideology and Identity: The Changing Party Systems of India“* befassten sich die Podiumsteilnehmenden mit der Frage, ob indische Parteipolitik in erster Linie durch Patronage bestimmt wird (oftmals unterstellt), oder es vor allem ideologische Momente sind, die

die Politikgestaltung beeinflussen. Die Autoren Pradeep Chhibber und Rahul Verma (beide Berkeley) stellten in ihrem Werk<sup>1</sup> die These auf, dass Ideologie auch in der indischen Politik eine zunehmende Rolle spiele. Allerdings, das unterscheidet die Situation von westlichen Gesellschaften, würde das Feld der Ideologie von den beiden Polen Staatszentriertheit („Estatismus“) einerseits und „Anerkennung“ andererseits bestimmt. Letzteres bezieht sich unter anderem auf den daraus resultierenden Schutz von Minderheitenrechten. Derzeit richte sich die Politik zunehmend an einer hindunationalistischen „Anerkennungspolitik“ aus.

Andere Podiumsteilnehmende bezweifelten indes, dass man von einer kohärenten Ideologie sprechen könne, die die gesamte indische Politik in ihren Griff genommen habe. Jairam Ramesh, Kongressabgeordneter in der Rajya Sabha, erwies sich als lautstarker Kritiker dieser These. Man könne nicht behaupten, die Regierungspartei BJP stehe für eine bestimmte konsistente und allumfassende, rechte Ideologie, die jegliche Staatsinterventionen verdammen würde. Gerade die BJP habe – entgegen ihrer Behauptungen von minimalem Regierungseingriff (*Minimum Government*) und maximaler Regierungsführung (*Maximum Governance*) – viele intervenierende Regierungsprogramme fort-



geführt und neue aufgelegt. Zudem vereine auch die BJP viele, teils widersprüchliche Ideologeme auf sich. Anders sei es auch nicht zu erklären, dass bei den landesweiten Wahlen 2014 das erste Mal in der indischen Geschichte mehr Dalits und Adivasi für die BJP gestimmt hatten als für die Kongresspartei. Eine Dichotomie zu konstruieren zwischen „Etatismus“ und „Anerkennung“ werde der komplexen indischen Realität nicht gerecht, auch nicht innerhalb der Parteien, so Ramesh. Ähnlich äußerte sich Kanchan Chandra von der New York University. Sie brachte schließlich die Runde auf den gemeinsamen Nenner, dass Ideologie in der indischen Politik durchaus eine Rolle spiele.

**Zivil-militärische Beziehungen**

Unter dem Titel „*The Absent Dialogue: Civil Military Relations in India*“ diskutierte der zweite Block. Denkt man an potentielle Gefahren für die Demokratie in Indien liegen Vorstellungen eines militärischen Coups – wie etwa in Pakistan oder Bangladesch – eher fern. Selbst im Angesicht einer Regierung, die hin und wieder mit den außenpolitischen Säbeln rasselt: Die zivil-bürokratische Kontrolle des Militärs scheint, gerade im Hinblick auf die Geschichte Indiens, über viele Jahrzehnte ein Garant für Stabilität gewesen zu sein. Allerdings wird der „mangelnde Dialog“ zwischen Militär und politischer Führung immer mehr zum Problem für die militärische

Schlagkraft und Reaktionsfähigkeit im Falle einer äußeren Bedrohung. So argumentierte Anit Mukherjee, Professor an der *S. Rajaratnam School of International Studies* in Singapur. Er kritisiert in seinem Werk „*The Absent Dialogue: Civil Military Relations in India*“, die fehlende Kommunikation zwischen dem Verteidigungsministerium und der Armee, die zur Gefahr für den militärischen Schutz vor äußeren Bedrohungen werden könne.<sup>2</sup>

General (a.D.) Prakash Malik, der von 1997 bis 2000 Armeechef war und ebenfalls auf dem Podium saß, stimmte Mukherjee zu: „Ein Dialog ist so gut wie gar nicht vorhanden. Und das wird sich in den kommenden Jahren eher verschlechtern.“ Behörden und Ministerien hätten kaum Einblick in die Abläufe und Verfahrensweisen beim Militär. Häufig fehle ein Grundverständnis für die Bedürfnisse der Armee. Hier liege das eigentliche Problem. Das Ministerium sei in Friedenszeiten grundsätzlich nicht an einem Dialog interessiert und in Zeiten drohender militärischer Konflikte zeichne sich die Politik durch übertriebenen Aktionismus aus.

Oberst (a.D.) Ajai Shukla stimmte grundsätzlich zu, monierte während der Podiumsdiskussion jedoch, Mukherjees Werk gehe nicht auf die bewaffneten Konflikte und Hot Spots unter der Modi-Regierung ein. Srinath Ragavan, Mitglied des *Centre for Policy Research*, verwies darauf, dass es

Leena Menghaney, Leiterin von Ärzten ohne Grenzen (MSF) für Südasiens, nahm bei ihrer Kritik des indischen Gesundheitssystems kein Blatt vor den Mund: Gesundheit und erforderliche Medikamente dürften kein Luxus für einige wenige Menschen sein, Abhilfe könne ein umfangreiches öffentliches Gesundheitssystem schaffen

Foto: privat

auf beiden Seiten (Militär und Politik) an Expertise mangle, dass nicht nur Behörden und Ministerien zu wenig von militärischer Planung verstünden, sondern umgekehrt auch die hohen Militärs nicht viel Ahnung von Politikentscheidungen hätten. Shukla wies darauf hin, dass das Militär die politischen Beweggründe und Motive für bestimmte Entscheidungen verstehen müsse, und dafür sei ein Dialog entscheidend. Sonst würde weiterhin jeder „sein Süppchen kochen“. Der vielleicht wichtigste Beitrag in dieser Debatte kam aus dem Publikum, von General (a.D.) Ashok K. Metha, der einerseits die Geschichte der Kontrollinstanzen des indischen Militärs lobte und stolz auf die säkulare Tradition der Armee verwies, aber zugleich vor einer „schleichenden Instrumentalisierung“ des Militärs durch die Politik warnte.

**Zustand des Gesundheitswesens**

Unter dem Titel „*State of Healthcare in India*“ wurde über die wachsende Zahl der Diabetes-Erkrankungen,

eine der schlechtesten Arztdichten weltweit und zunehmende Antibiotika-Resistenzen diskutiert. Einige der gravierenden Probleme, mit denen das indische Gesundheitswesen zu kämpfen hat. In der Podiumsveranstaltung zog sich die völlig unzureichende öffentliche Finanzierung als roter Faden durch die Diskussion. Indien gehört zwar zu den ökonomisch am schnellsten wachsenden Ländern weltweit, doch der Fortschritt kommt im öffentlichen Gesundheitssektor nicht an. Gerade einmal zwei Prozent des Bruttoinlandsproduktes werden für diesen Bereich aufgewendet. Andererseits ist Gesundheit ein großer Wirtschaftsfaktor. Die Bruttowertschöpfung soll 2020 bei 280 Milliarden US-Dollar liegen, die Zahl der Beschäftigten wird mit knapp 7,5 Millionen angegeben. Dennoch ist der Zugang zur öffentlichen Gesundheitsversorgung äußerst schlecht. Laut der aktuellen Studie über globale Krankheiten, *Global-Burden-of-Disease* (The Lancet), rangiert Indien auf Platz 154 von insgesamt 159 Ländern. Neben der Finanzierung des Gesundheitswesens gibt es weitere Hemmnisse, etwa Korruption, ethische Vorbehalte, Transparenz und juristische Fragen.

Amir Ullah Khan, Entwicklungsökonom und ehemaliger Leiter der Strategieabteilung bei der *Bill und Melinda Gates Foundation*, schien den Podiumsteilnehmenden mit seiner Forderung nach einem universellen Zugang zu Gesundheitsversorgung aus der Seele zu sprechen. Die Leiterin von *Ärzte ohne Grenzen* (MSF) für Südasien, Leena Menghane, nahm bei ihrer Kritik des Status Quo ebenfalls kein Blatt vor den Mund. Gesundheit und erforderliche Medikamente dürften kein Luxus für einige wenige Menschen sein. Abhilfe könne ein umfangreiches öffentliches Gesundheitssystem schaffen. Derzeit habe man im indischen System, das von privaten Anbietern dominiert werde, häufig mit Diskriminierung, Mangel an Vertrauen und einseitiger Profitorientierung zu kämpfen.

Ohne diese Hürden zu beseitigen, könne man das Gesundheitssystem nicht voranbringen. Leena Menghane führte Thailand als Positivbeispiel an, wo Patienten ein Anrecht auf Diagnostik und medikamentöse Versorgung hätten, ohne über eine Krankenversicherung verfügen zu müssen. Für Indien schwebte ihr ein ähnlicher Ansatz vor, bei dem der Staat „ein bestimmtes Gesundheitspaket mit bestimmten elementaren Medikamenten und gesundheitlicher Versorgung“ anbietet, unabhängig vom Einkommen der Betroffenen. Aparna Jaswal, selbst praktizierende Ärztin und stellvertretende Leiterin des *Fortis Escorts*-Herzzentrums in Delhi, argumentierte ähnlich, indem sie Gesundheit zuvorderst als öffentliche Aufgabe definierte. Sie wies darauf hin, dass Bangladesch (obwohl wesentlich ärmer) mittlerweile bessere Gesundheitsindikatoren vorzuweisen habe als Indien. Das zeige, dass der politische Wille entscheidend sei. Angesichts der bevorstehenden großen Herausforderungen, wie westliche Ernährungsgewohnheiten und Diabetes-Welle, müsse unbedingt die Präventivmedizin gestärkt werden.

### Wahl- und Parteienfinanzierung

Unter dem Titel *„Costs of Democracy: Political Finance in India“* förderte die Diskussion in der ersten Nachmittags-session eine verblüffende Einsicht zutage: Die abnehmende Nachfrage nach Zement steht im Zusammenhang mit bevorstehenden Wahlen. Devesh Kapur, Mitherausgeber des Buches *„Costs of Democracy: Political Finance in India“* präsentierte dies als eines seiner Studienergebnisse.<sup>3</sup> Indische Bauunternehmer gehören zu den größten Geldgebern politischer Parteien und deren Kandidat(inn)en. Im Vorfeld von Wahlen kommt es im Baugewerbe dann häufig zu einem Engpass beim Bargeld. Denn das Geld fließt in den Wahlkampf und fehlt auf den Baustellen: „Es gibt in Indien einen starken Konnex zwischen Geld, Bauunternehmen und Wahlen“, so Kapur.

Des Weiteren wurden viele indische Binsenweisheiten zu Wahlkampf- und Parteienfinanzierung belegt. In Indien hängt der Wahlgewinn allzu häufig vom Vermögen der Kandidat(inn)en ab. Die Rede ist von den Millionärsabgeordneten, die es vor allem dank ihres Reichtums ins Parlament schafften. Tatsächlich sind die Chancen, als ein solcher *Crorepati* eine Wahl zu gewinnen, zwanzig Mal höher als die durchschnittlicher Abgeordneter. Kapur, Leiter des *Center for the Advanced Study of India* in Pennsylvania, stellte ernüchtert fest: „Money Matters, Geld entscheidet. Und zwar überall im Wahlsystem.“ Die Schwierigkeit bestünde darin, dass Geldflüsse nicht strikt genug überwacht würden: So könnte etwa die Politik bei bestimmten gesetzlichen Auflagen für die Bebauung von Land beide Augen zudrücken. Im Gegenzug würden die involvierten Bauunternehmen häufig das Schwarzgeld der beteiligten Politiker/-innen reinwaschen.

S.Y. Quraishi, ehemaliger Leiter der indischen Wahlkommission, der ebenfalls auf dem Podium saß, forderte eine Begrenzung der Parteienfinanzierung. Diese führe zu extremen Auswüchsen, etwa dass Parteien mit großzügigen Spendern im Nacken einen erfolgreicherer Wahlkampf durchführen könnten. Zudem würden die Wahlkämpfe immer größere Summen verschlingen. Im Wahlkampf 2014 sollen es über 5 Milliarden US-Dollar gewesen sein. Die Geldflüsse für Wahlen seien in Indien nur schwer in den Griff zu bekommen, solange es keine gesetzlichen Obergrenzen, keine rigorosen Prüfungen (40 Prozent der Geldquellen sind unbekannt) und auch keine Wahlkampffinanzierung über die Parteien gebe. Siddarth Varadarajan, Moderator der Runde und Journalist bei *The Wire*, schloss die Sitzung mit der Anmerkung, dass die Transparenz der Wahlprozesse in den vergangenen vier Jahren abgenommen habe. Dazu gehörten auch Gesetze, dass politische Parteien ausländische Gelder

empfangen dürfen (*Finance Bill* 2018); also anders als das Gesetz zur Regulierung ausländischer Überweisungen (FCRA) vorgebe. Auch die Wahlkommission, einstmals eine starke und unabhängige Institution, sei nur noch ein Schatten ihrer selbst und – ohne Namen zu nennen – zu einem Instrument der Parteipolitik geworden.

### Ausrichtung von Wirtschaft und Politik

Der Moderator Shekar Gupta, leitender Redakteur des Online-Newsportals *The Print*, kündigte die fünfte und letzte Diskussionsrunde des Tages zum Themenfeld „*Business and Politics in India*“ an. Er warnte hierbei ironisch vor der vermutlichen Nachtschicht. Grundlage der Diskussion bildete das bald erscheinende Werk *Business and Politics in India*, herausgegeben von Christophe Jaffrelot, Atul Kohli und Kanta Murali.<sup>4</sup> Zunächst strich Murali als Podiumsteilnehmerin die Kernaussage heraus, dass Indien seit den 1980er Jahren und spätestens mit der Marktöffnung 1991 einen politischen Kurs verfolge, der sich als Pro Business bezeichnen ließe und mit der alten Lizenzvergabe (*Licence Raj*) nichts mehr zu tun habe. Auf diesem Pfad hätten sich die Einflussmöglichkeiten von Unternehmen vergrößert und ein höheres Maß an gesellschaftlicher Macht erworben (Stichwort *Structural and Instrumental powers*). Diese reichten so weit, dass die Wirtschaftseliten nun selbst aktiv die gesellschaftliche Tagesordnung zu setzen versuchten und nicht mehr nur Vetomöglichkeiten hätten. Murali schränkte jedoch ein, dass die Wirtschaftsmacht in Indien (noch) nicht hegemonial geworden sei. Es gebe nach wie vor zahlreiche Beschränkungen, die diese Wirtschaftsmacht einhegten.

Die Mitdiskutanten stimmten darin überein, dass 1991 ein wirtschaftspolitischer und gesellschaftlicher Paradigmenwechsel vollzogen wurde. Doch einige Faktoren würden die Autoren vernachlässigen, andere überbewer-

ten. Der bekannte Wirtschaftsjournalist T.N. Ninan, Leiter des *Business Standard*, stimmte zwar dem Argument des Paradigmenwechsels zu, vermisste jedoch die Rolle „anderer gesellschaftlicher Eliten“ und Gruppen, deren Einfluss nicht zu unterschätzen sei. Ninan bezog sich hier auf „professionelle Eliten, Interessensgruppen in der Agrarwirtschaft und insbesondere die indische Mittelklasse“, deren zunehmende Bedeutung nicht erwähnt werde. Zudem solle man unterscheiden zwischen den (Wahl-) Programmen der Regierung und der tatsächlichen Umsetzung. Dabei würde er eine zunehmende Unzufriedenheit der Wirtschaft mit der BJP-Politik feststellen. Ninan glaubt, dass „die Wirtschaft höchst desillusioniert“ über Modis Politik sei. Die Einführung der einheitlichen Mehrwertsteuer (*Goods and Services Tax*; GST) und die Verknappung des Bargeldes (Demonetarisierung) würden selbst überzeugte Anhänger des Premiers zweifeln lassen: „Ist Modi noch unser Mann?“

Ähnlich äußerte sich Vivek Dehejia, Wirtschaftsprofessor an der *Carleton University* in Kanada. Er warf ein, es sei begrifflich korrekter von „Pro Markt“ zu sprechen als von „Pro-Business“. Außerdem stellte er eine bemerkenswerte Kontinuität in der Wirtschaftspolitik fest. Es handele sich in vielen Fällen eher um Rhetorik als um substantielle Veränderungen. Modi habe faktisch die Rolle des Staates ausgeweitet. Von schwerfälliger Nachtschicht war auch bei Moderator Gupta nichts zu spüren. Er schloss sich der These an und polemisierte, indem er von der „wirtschaftsfeindlichsten Regierung seit der Marktliberalisierung im Jahr 1991“ sprach.

### Offene Dialogplattform

Entgegen den Befürchtungen aus dem Titel der Veranstaltung entsprach diese keinesfalls einem exklusives, gleichsam geheimbündlerischem Treffen. Im Gegenteil wurden die Themen of-

fen und transparent verhandelt. Vielleicht wäre es passender, zukünftig von einer „offenen Dialogplattform“ zu sprechen. Das würde auch wieder spiegeln, wie vielseitig und außergewöhnlich die Themenauswahl und ihre Bearbeitung, die Organisation und Logistik des Konklaves waren. Daher würde man sich für das kommende Jahr eine größere Teilnehmerszahl wünschen. Wenn zukünftig tatsächlich eine größere Bandbreite an Regionen abgedeckt werden könnte, dürfte der Erfolg dieser Veranstaltung vorprogrammiert sein. Gerade mithilfe vergleichender Analysen zu anderen Ländern und Regionen ließen sich viele neue Erkenntnisse erzielen. Jedoch wäre dann mehr Zeit einzukalkulieren: Bereits in diesem Jahr wurde ein breites Themenspektrum abgedeckt, das nur aufgrund der strikten Einhaltung des Zeitplanes an einem Tag abgearbeitet werden konnte.

---

#### Zum Autor

Thomas Stauber, Soziologe und unabhängiger Journalist, lebt und arbeitet in Mumbai. Er twittert unter @stauber\_thomas

---

#### Endnoten

- <sup>1</sup> Pradeep K. Chhibber & Rahul Verma: *Ideology and Identity: The Changing Party Systems of India*. Oxford University Press, 2018.
- <sup>2</sup> Anit Mukherjee: *The Absent Dialogue: Civil Military Relations in India*. Oxford University Press, 2018.
- <sup>3</sup> Devesh Kapur & Milan Vaishnav: *Costs of Democracy: Political Finance in India*. Oxford University Press, 2018.
- <sup>4</sup> Christophe Jaffrelot, Atul Kohli, Kanta Murali: *Business and Politics in India*. Oxford University Press, 2018.